

MORNING NEWS

9. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.591,03	-224,72	-0,94	23.815,75	DJ 30	47.501,55	-453,19	-0,95	47.954,74
MDAX	29.482,78	-206,18	-0,69	29.688,96	NASDAQ	24.643,02	-377,39	-1,51	25.020,41
TEC DAX	3.620,37	-103,30	-2,77	3.723,67	Nikkei 225	52.428,06	-3.192,78	-5,74	55.620,84
Euro Stoxx50	5.719,90	-62,99	-1,09	5.782,89	Hang Seng	25.235,45	-521,84	-2,03	25.757,29
Bund Future	126,24	-0,69	-0,54	126,93	Euro / US-\$	1,1570	-0,00	-0,41	1,1618
Gold in US-\$	5.129,41	-42,33	-0,82	5.171,74	Öl (Brent) US-\$	109,36	16,67	17,98	92,69
Bitcoin / US-\$	67.908,73	689,33	1,03	67.219,40	Ethereum / US-\$	2.008,49	49,87	2,55	1.958,62

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	22.948	-643
NASDAQ Future	24.199,00	-471,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	174,81	2,07	0,01	172,74	202,25	2.428.016,00
Nokia OJ	6,69	-0,01	-0,00	6,70	7,74	43.507.345,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Gea Group	GIAG.DE	Ergebnis Gj	07:30	n/a
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Auftragseingang Industrie (m/m)	Januar	08:00	-4,3% (7,8%)
D	Auftragseingang Industrie (y/y), WDA	Januar	08:00	13,2% (13,0%)
D	Industrieproduktion (m/m), sb	Januar	08:00	1,0% (-1,9%)
D	Industrieproduktion (y/y), WDA	Januar	08:00	-0,8% (-0,6%)
EWU	Sentix Investorvertrauen	März	10:30	-3,0 (4,2)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,50 (1,58)	10-jährige Bonds	+0,047	4,14%
Volumen NASDAQ	9,25 (10,96)	30-jährige Bonds	-0,172	4,76%

(/)=Vortag

Der **Nahost-Krieg** und die **steigenden Ölpreise** sorgen auch zum Wochenschluss für **schlechte Stimmung an der Wall Street**. Der US-Standardwerteindex Dow Jones verlor 0,9 Prozent auf 47.502 Punkte. Der technologielastrige Nasdaq gab 1,6 Prozent auf 22.388 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte 1,3 Prozent auf 6740 Stellen ein. Auf Wochensicht gab der S&P zwei Prozent nach, der Nasdaq 1,2 Prozent und der Dow drei Prozent.

Anleger versuchten zugleich, den **überraschend schwachen US-Arbeitsmarktbericht** zu interpretieren. Unter dem Strich gingen in den USA im Februar 92.000 Jobs außerhalb der Landwirtschaft verloren. Von Reuters befragte Volkswirte hatten einen Stellenaufbau in Höhe von 59.000 erwartet, nach revidiert 126.000 im Januar.

Die Zahlen erschweren laut Experten der US-Notenbank Fed ihre Aufgabe, die Inflation mit erhöhten Zinsen im Schach zu halten, ohne die Konjunktur abzuwürgen. "Eine Abschwächung des Arbeitsmarktes würde für eine Zinssenkung sprechen", sagte Ellen Zentner, Chefökonomin bei Morgan Stanley Wealth Management. "Angesichts des Risikos, dass anhaltend hohe Ölpreise einen neuen Inflationsschub auslösen könnten, könnte sich die Fed jedoch gezwungen sehen, vorerst abzuwarten." Jeff Schulze, Chefstrategie bei ClearBridge Investments, zeigte sich hingegen optimistisch. "Angesichts der Entwicklungen im Nahen Osten und des sprunghaften Anstiegs der Energiepreise hatte ich eine erste Zinssenkung im September für wahrscheinlich gehalten", sagte der Experte. "Doch angesichts der erneuten Schwäche am Arbeitsmarkt geraten nun beide Seiten des Doppelmandats der Fed in den Blick. Inzwischen gehe ich davon aus, dass die erste Zinssenkung bereits im Juli kommen wird."

Zugleich ging der **US-israelische Konflikt** mit dem **Iran** weiter. Immer neue Wendungen und Ereignisse zeigten auf, wie komplex die Situation sei und dass sich dieser Krieg von den anderen militärischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre unterscheide, sagte Andreas Lipkow, Chefanalyst beim Broker CMC Markets. Zugleich habe der Preis der Rohölsorte Brent mit dem Erreichen der 90-Dollar-Marke die "Strapazitätsgrenze" vieler Ökonomen erreicht.

Das Nordseeöl **Brent** und das US-Öl **WTI** verteuerten sich wegen der Furcht vor langfristigen Lieferstörungen weiter. Zum Schluss des Aktienhandels in New York lag der Preis für ein Barrel WTI bei 90,64 Dollar, ein Plus von zwölf Prozent. Brent stieg um acht Prozent auf 92,25 Dollar. Nach Einschätzung der Bank Barclays könnte der Preis für Brent auf 120 Dollar steigen, sollte der Nahost-Konflikt noch einige Wochen andauern. Die Risiken seien derzeit größer als während des Russland-Ukraine-Kriegs, teilten die Analysten mit.

Die **Straße von Hormus** ist ein wichtiger Schifffahrtsweg für rund ein Fünftel der weltweiten Öl- und LNG-Versorgung. Aktuell ist der Schiffsverkehr hier wegen militärischer Aktionen nahezu zum Erliegen gekommen. "**Kuwait** will Teile seiner **Ölproduktion** stoppen, weil das Land nicht mehr weiß, wo es das Öl zwischengelagern soll. Auch in **Saudi-Arabien** und anderen Ländern füllen sich die Lager", sagte Consorsbank-Chefanalyst Jochen Stanzl.

Für Gesprächsstoff bei den Einzelwerten sorgte unter anderem ein Kurseinbruch von 24 Prozent beim US-Actionkamerahersteller **GoPro**. Obwohl der Umsatz des Unternehmens im vierten Quartal leicht auf 201,7 Millionen Dollar stieg, sank die Zahl der verkauften Kameras im gleichen Zeitraum um fast 20 Prozent. Firmenchef Nicholas Woodman führte dies auf ein schwieriges makroökonomisches Umfeld und eine weniger umfangreiche Marketingkampagne im Schlussquartal zurück.

Unter Druck geriet auch der Modehändler **Gap** mit einem Kursrutsch von fast 14,4 Prozent nach einem negativ aufgenommenen Ausblick.

Zugleich drückte der anhaltende Anstieg beim Ölpreis die Aktien der Airlines weiter nach unten: **American Airlines**, **United Airlines** und **Delta Air** gaben 3,5 bis 5,2 Prozent nach. Leicht nach oben ging es hingegen erneut für Energiekonzerne wie **NextDecade**, **Occidental Petroleum** und **Exxon Mobil**, die um 0,3 bis 2,7 Prozent zulegten.

US Unternehmen

Im Streit über die Zusammenarbeit von **OpenAI** mit dem **US-Militär** wirft eine hochrangige Managerin bei dem KI-Entwickler hin. Caitlin Kalinowski, **Leiterin für Robotik und Hardware** bei OpenAI, gab am Samstag ihren **Rücktritt** bekannt. Sie begründete dies mit Bedenken über den jüngsten Auftrag des US-Verteidigungsministeriums. OpenAI habe sich nicht genügend Zeit genommen, bevor es der Nutzung seiner KI-Modelle in den geheimen Cloud-Netzwerken des Ministeriums zugestimmt habe, kritisierte die Managerin auf X (Reuters).

US-Rüstungsunternehmen haben nach Angaben von Präsident Donald Trump zugestimmt, die **Produktion von Waffen** zu steigern. Nach einem Treffen mit Vertretern großer US-Rüstungskonzerne teilte Trump auf seiner Plattform Truth Social mit, dass sie zugesagt hätten, die Produktion hoch entwickelter Waffen zu vervierfachen. Dabei blieb allerdings

unklar, auf welche Waffen er sich genau bezog und bis wann und wie die Produktionssteigerung in der Praxis umgesetzt werden soll (dpa/AFX).

Marktmeldungen

Die **Grünen** haben die **Landtagswahl in Baden-Württemberg** gewonnen. Neuer Ministerpräsident dürfte damit Cem Özdemir werden, der einstige Parteichef und Bundeslandwirtschaftsminister. Er sprach vor jubelnden Anhängern am Sonntagabend von einer fulminanten Aufholjagd, weil die Grünen lange deutlich hinter der CDU lagen. Die AfD wird nach Auszählung fast aller Wahlgebiete drittstärkste Kraft, die SPD landet nur knapp über fünf Prozent. FDP und Linke scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Im Stuttgarter Landtag gibt es nun zwei Möglichkeiten für eine Koalition: Die Fortsetzung von Grün-Schwarz oder ein Bündnis der CDU mit der AfD. Özdemir signalisierte bereits Kompromissbereitschaft in Richtung CDU bei der Bildung einer neuen Regierung. "Beide Seiten müssen sich wiedererkennen können in der Koalitionsvereinbarung", sagte er in der ARD. "Wenn ich dieses Land führe, dann führe ich es in der Mitte und nicht nach Parteibuch." (Reuters).

CDU-Bundestagsfraktionschef Jens Spahn sieht die **Koalition** in der Pflicht, die **Konjunktur** anzukurbeln. "Es ist im Alltag noch nicht genug spürbar von dem, was wir hier entscheiden", sagte er in der ARD. "Es braucht seine Zeit, einen längeren Atem." Vor allem die wirtschaftliche Lage sei weiterhin schwierig. "Wir müssen, das wird die Schicksalsfrage sein, für Wachstum sorgen." (Reuters).

Japan, Frankreich und Kanada prüfen Alternativen zu einem von den USA geführten **Handelsblock für kritische Rohstoffe**. Ziel sei es, die Abhängigkeit von China zu verringern und die Lieferketten zu sichern, teilten Regierungsvertreter der drei Länder mit. Zu den diskutierten Optionen gehörten Importquoten für seltene Erden, Subventionen für Bergbauunternehmen sowie ein von Kanada initiiertes Käuferclub. Damit distanzieren sich die Verbündeten offenbar von Plänen des US-Vizepräsidenten JD Vance, der im Februar einen US-dominierten Handelsblock vorgeschlagen hatte. Kanadas Premierminister Mark Carney hatte angesichts der Politik von Präsident Donald Trump zum Zusammenschluss der Mittelmächte aufgerufen (Reuters).

Im **Iran** ist **Modschtaba Chamenei** zum **neuen geistlichen Oberhaupt der Islamischen Republik** ernannt worden. Modschtaba ist ein Sohn des bisherigen Oberhauptes, Ajatollah Ali Chamenei, der bei den Angriffen der USA und Israels auf den Iran vor rund einer Woche getötet worden war. Die Entscheidung für Modschtaba wurde am Sonntagabend im staatlichen Fernsehen bekannt gegeben. Das iranische Volk wurde zur Einheit und zur Treue gegenüber dem neuen geistlichen Führer aufgerufen. **US-Präsident** Donald Trump hatte am Sonntag bekräftigt, die USA sollten bei der Auswahl ein Mitspracherecht haben. "Wenn er nicht unsere Zustimmung erhält, wird er nicht lange im Amt bleiben", sagte Trump dem Sender ABC News. Der Iran hatte die Forderung zurückgewiesen (Reuters).

Das **Personal der deutschen Botschaft in Teheran** wurde aus Sicherheitsgründen vorübergehend abgezogen, hieß es aus dem Auswärtigen Amt (Reuters).

US-Präsident Donald Trump äußert sich spöttisch über den **britischen Premierminister** Keir Starmer. "Das Vereinigte Königreich, unser einstiger großer Verbündeter, vielleicht sogar der größte von allen, erwägt nun ernsthaft, zwei Flugzeugträger in den Nahen Osten zu entsenden", schreibt Trump auf seiner Plattform Truth Social. "Das ist in Ordnung, Premierminister Starmer, wir brauchen sie nicht mehr – aber wir werden uns daran erinnern. Wir brauchen keine Leute, die sich erst dann an Kriegen beteiligen, wenn wir sie bereits gewonnen haben!" (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat Verhandlungen mit dem **Iran** eine Absage erteilt und mit der Zerschlagung der gesamten Staatsführung und des Militärs gedroht. Angesichts der Luftangriffe auf die Islamische Republik könnte die Frage nach Diplomatie irrelevant werden, sagte Trump am Samstag (US-Ortszeit) vor Journalisten an Bord der Präsidentenmaschine Air Force One (Reuters).

US-Präsident Donald Trump geht nicht auf Konfrontation zum russischen Präsidenten Wladimir Putin. Es gebe keine Hinweise dafür, dass **Russland** dem **Iran** helfe, sagt Trump. Trumps Sondergesandter Steve Witkoff sagt hingegen, er habe an Russland kommuniziert, dass die Regierung in Moskau dem Iran keine Hinweise auf Ziele oder andere Hilfe geben solle. Die *"Washington Post"* hatte am Freitag berichtet, Russland versorge den Iran mit Informationen über Standorte von US-Kriegsschiffen und -Flugzeugen im Nahen Osten. Die Zeitung hatte sich dabei auf drei mit den Geheimdienstkenntnissen vertraute Beamte gestützt (Reuters).

Das **US-Militär** teilt mit, ein **weiterer Angehöriger der Streitkräfte** sei an den Folgen seiner Verletzungen **gestorben**, die er vor einer Woche bei den ersten Gegenangriffen des Iran erlitten habe. Der Soldat sei am 1. März bei einem Angriff auf US-Truppen in Saudi-Arabien schwer verletzt worden. Damit steige die Zahl der bislang in dem Krieg getöteten US-Soldaten auf sieben (Reuters).

Einem Bericht des Nachrichtenportals Axios zufolge erwägen die **USA, Spezialkräfte** zur **Beschlagnahmung von iranischem Nuklearmaterial** zu entsenden (Reuters).

Der **katarische Ministerpräsident** Scheich Mohammed bin Abdulrahman al-Thani ruft alle Seiten im **Iran-Konflikt** zur **Deeskalation** auf. "Wir werden weiter mit den Iranern sprechen und auf eine Deeskalation hinwirken", sagt der Ministerpräsident in einem am Sonntag ausgestrahlten Interview des Senders *Sky News*. Der Iran müsse zunächst alle Angriffe auf die Golfstaaten und andere Länder einstellen, die nicht an diesem Krieg beteiligt seien (Reuters).

Nach einer **Explosion** an der **US-Botschaft in Oslo** hält die norwegische Polizei einen gezielten Anschlag im Zusammenhang mit der aktuellen Sicherheitslage für möglich. Man fahnde weiter nach einem oder mehreren Tätern, habe aber noch keine Verdächtigen, teilen die Behörden mit. Die Sicherheitsvorkehrungen für die US-Vertretung sowie Einrichtungen der jüdischen Gemeinde und der iranischen Diaspora würden verstärkt (Reuters).

Australien erwägt, **Länder** beim **Schutz vor iranischen Angriffen** zu unterstützen. "Wir wurden um Hilfe gebeten, und wir werden das sorgfältig prüfen", sagt Außenministerin Penny Wong am Sonntag. Eine Beteiligung an Offensivaktionen gegen den Iran schließe sie jedoch aus. Die Hilfe könne den Schutz vor Drohnen- und Raketenangriffen umfassen (Reuters).

Die **Türkei** erwägt einem Insider zufolge die Stationierung von **F-16-Kampffjets** auf **Zypern**. Dies sei einer der Schritte, die angesichts der Ausweitung der Konflikte in der Region zum Schutz des türkischen Nordteils der Insel geprüft würden, sagt ein Vertreter des Verteidigungsministeriums (Reuters).

Kurden im Nordosten **Syriens** warnen **kurdische Gruppen im Iran** eindringlich vor einer **militärischen Allianz** mit den **USA**. Angesichts der eigenen Erfahrungen in den vergangenen Monaten sprachen sie sich dagegen aus, im Kampf gegen die Regierung in Teheran auf Washington zu setzen. Ahmed Barakat, Vorsitzender der Kurdischen Progressiven Demokratischen Partei in Syrien, riet zu "äußerster Vorsicht". Es sei derzeit nicht im Interesse iranischer Kurden, als Speerspitze gegen das iranische Regime zu dienen, ohne feste Garantien für die eigene Zukunft zu haben. Saad Ali, ein Kurde in der syrischen Stadt Kamischli, sagte Nachrichtenagentur Reuters, die USA würden die Kurden am Ende im Stich lassen. "Macht nicht unsere Fehler", mahnte der 45-Jährige. Sollte es zu einer Einigung zwischen den USA und dem Iran kommen, würden die Kurden geopfert (Reuters).

Das **US-Außenministerium** genehmigt einen möglichen **Verkauf von Munition und dazugehöriger Ausrüstung** im Wert von 151,8 Millionen Dollar an **Israel**. Nach Angaben des Ministeriums hat US-Außenminister Marco Rubio einen Notfall festgestellt, der einen sofortigen Verkauf erfordere und im nationalen Sicherheitsinteresse der USA liege. Daher werde es die sonst übliche Überprüfung durch den US-Kongress nicht geben (Reuters).

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu kündigt eine **systematische Fortsetzung der Angriffe auf den Iran** an. Seine Regierung werde "ohne Gnade" gegen die iranischen Machthaber vorgehen, sagt Netanjahu in einer Videoansprache kurz nach den jüngsten Luftschlägen auf die Islamische Republik. Es gebe einen organisierten Plan mit

vielen Überraschungen, um das Regime zu destabilisieren und einen Wandel zu ermöglichen. "Wir haben noch viele weitere Ziele", fügt er hinzu (Reuters).

Die **iranischen Revolutionsgarden** drohen mit **Vergeltungsschlägen**, sollten die Angriffe auf die Energieinfrastruktur des Landes nicht aufhören. Der Iran werde in diesem Fall mit ähnlichen Aktionen in der Region antworten, zitieren staatliche Medien einen Sprecher der Revolutionsgarden (Reuters).

Die **Ukraine** schickt auf Bitten der USA **Abfangdrohnen** und **Drohnenexperten** nach **Jordanien**, um dort US-Militärstützpunkte zu schützen, sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der Zeitung "New York Times". Dem Bericht zufolge baten die USA am Donnerstag um Hilfe, woraufhin das ukrainische Team am nächsten Tag abgereist sei und in Kürze im Nahen Osten erwartet werde (Reuters).

Die **USA** ordnen wegen Sicherheitsrisiken die **Ausreise von entbehrlichen Diplomaten und deren Familien** aus **Saudi-Arabien** an. Bereits am Dienstag hatte die US-Botschaft in Riad die freiwillige Ausreise nahegelegt. Am selben Tag war die Vertretung von iranischen Drohnen getroffen worden, wobei ein Brand ausbrach und Sachschaden entstand (Reuters).

In der **saudi-arabischen Stadt Al-Chardsch** sterben Behördenangaben zufolge zwei Menschen bei einem **Geschosseinschlag** in einem Wohngebiet. Zwölf weitere werden verletzt, wie der Zivilschutz auf der Plattform X mitteilt. Bei den Todesopfern handele es sich um einen Inder und einen Bangladescher. Die **iranischen Revolutionsgarden** hatten zuvor erklärt, sie hätten Radarsysteme in der Stadt beschossen (Reuters).

Auf dem **internationalen Flughafen** von **Kuwait** ist in einem Treibstofflager ein **Feuer ausgebrochen**. Die Feuerwehr sei im Einsatz, um den Brand einzudämmen, meldet die staatliche Nachrichtenagentur (Reuters).

Nach einem **iranischen Angriff** in **Bahrain** bekämpft der Zivilschutz einen Brand. Dies teilt das Innenministerium mit. Ziel des Angriffs sei eine Einrichtung in der Nähe des Hafens von Salman gewesen (Reuters).

Das **israelische Militär** bestätigt einen **Angriff auf ranghohe Kommandeure** der **iranischen Revolutionsgarden** in Beirut. Ziel seien Kommandeure des Libanon-Korps der Al-Kuds-Brigaden gewesen, teilt das Militär mit (Reuters).

Bei einem **Angriff auf ein Hotel** im Zentrum von **Beirut** werden einem Insider zufolge mindestens zwei Menschen getötet. Der Einschlag habe ein Apartment in dem Ramada-Hotel getroffen, heißt es am frühen Sonntag aus Sicherheitskreisen. Es ist der erste derartige Angriff im Zentrum der libanesischen Hauptstadt, seit die Kämpfe zwischen Israel und der vom Iran unterstützten Hisbollah-Miliz vergangene Woche wiederaufgeflammt sind. Eine Stellungnahme Israels liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Das Abwehrsystem C-RAM hat Polizeikreisen zufolge einen **Raketen- und Drohnenangriff** auf eine diplomatische Einrichtung der USA in der Nähe des internationalen Flughafens von **Bagdad** abgefangen. Das israelische Militär teilt mit, Infrastruktur der Hisbollah in der libanesischen Hauptstadt Beirut angegriffen zu haben (Reuters).

Im **Libanon** sind bei **israelischen Luftangriffen** laut Behördenangaben mindestens 16 Menschen getötet und 35 weitere verletzt worden. Die Zahl der Opfer könne noch steigen, teilt das Gesundheitsministerium weiter mit. Die Attacke galt der Stadt Nabi Schith im Osten des Landes (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat im Streit um eine **Reform des Wahlrechts** den Druck auf den Kongress massiv erhöht. Er werde keine anderen Gesetze mehr unterzeichnen, bis das Parlament den von den Republikanern geforderten "SAVE America Act" verabschiedet habe, schrieb Trump am Sonntag auf seiner Plattform Truth Social. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Wähler bei der Registrierung ihre US-Staatsbürgerschaft nachweisen müssen. Zudem drohen Wahlbeamten strafrechtliche Konsequenzen, sollten sie Personen ohne die entsprechenden Papiere registrieren (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat bei einem Treffen mit Politikern aus **Lateinamerika** ein **militärisches Bündnis gegen Drogenkartelle** ins Leben gerufen. Ziel sei es, das enorme Potenzial der Region zu nutzen, sagte Trump am Samstag in Miami. Dafür müsse aber der Griff der Kartelle und kriminellen Banden gebrochen werden. Zur Sondergesandten für das Bündnis ernannte Trump die bisherige Heimatschutzministerin Kristi Noem, die er erst in dieser Woche nach Kritik aus

dem Kongress von ihrem Amt entbunden hatte. Zu dem Gipfel "Shield of the Americas" reisten mehr als ein Dutzend Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Südamerika sowie der Karibik an (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj und der **niederländische Ministerpräsident** Rob Jetten haben bei dessen Besuch in Kiew am Sonntag eine **gemeinsame Waffenproduktion erörtert**. "Es ist wichtig, dass wir gemeinsam mit den Niederlanden Waffen produzieren - und wir werden diese gemeinsame Arbeit mit Sicherheit fortsetzen und ausbauen", teilte Selenskyj auf der Online-Plattform X mit. Sie hätten zudem Investitionen und mögliche Produktionsmengen im Detail besprochen. Selenskyj betonte, Kiew verfüge über besonderes Wissen bei der **Bekämpfung von Drohnen iranischer Bauart**, die Russland einsetze. Diese Expertise biete die Ukraine nun Ländern im **Nahen Osten** an. Die erste Gruppe ukrainischer Militärausbilder werde am Montag dorthin aufbrechen. "Sie kommen mit den Mitteln, um zu helfen", sagte Selenskyj. Die Ukraine werde ihr Fachwissen und ihre Erfahrung bei der Abwehr von Drohnen des Typs "Shahed" und von Marschflugkörpern zur Verfügung stellen (Reuters).

Nach einem **Drohnenangriff** ist örtlichen Behörden zufolge in einem **Ölterminal** in der südrussischen Region **Krasnodar** ein Feuer ausgebrochen. Die Einsatzzentrale der Region schreibt auf Telegram, 91 Feuerwehrleute würden den Brand in Armavir bekämpfen. Es gebe keine Verletzten (Reuters).

Bei einem **russischen Raketenangriff** auf **Charkiw** hat es ukrainischen Angaben zufolge mindestens sieben Tote gegeben. Darunter seien zwei Kinder, teilt Regionalgouverneur Oleh Synjehubow auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Ein fünfstöckiges Wohnhaus sei beschädigt worden (Reuters).

Gesundheitswesen

Der Schweizer Pharmakonzern **Roche** sieht seine Medikamenten-Sparte durch ein **Abkommen mit der US-Regierung** vorerst vor **Strafzöllen** geschützt. Die Diagnostik-Sparte sei jedoch weiter davon betroffen, sagte Verwaltungsratspräsident Severin Schwan der *"Neuen Zürcher Zeitung"* (Samstagsausgabe).

Der Streit um den Verkauf von Abnehmmedikamenten zwischen dem dänischen Pharmakonzern **Novo Nordisk** und dem US-Telemedizinanbieter **Hims & Hers** dürfte durch eine Kooperation der beiden Unternehmen beendet werden. Bereits am Montag könnten die Konzerne eine erneute Partnerschaft bekannt geben, berichtete die Nachrichtenagentur *Bloomberg* in der Nacht auf Samstag unter Berufung auf mit der Sache vertraute Personen.

Industrie

Airbus, **Rheinmetall** und **OHB** wollen beim geplanten Aufbau eines **Satellitennetzwerks für die Bundeswehr** einem Medienbericht zufolge gemeinsame Sache machen. Statt gegeneinander anzutreten, hätten sich die drei Unternehmen darauf verständigt, das Milliardenprojekt zusammen anzugehen, berichtete der *"Spiegel"* am Samstag. Demnach informierten die Konzerne das Beschaffungsamt der Bundeswehr über die geplante Kooperation, nachdem die Behörde sie eigentlich zur Abgabe von Einzelangeboten aufgefordert hatte. Aus Sicht der Bundeswehr ist der Zusammenschluss dem Bericht zufolge vorteilhaft, um das ambitionierte Vorhaben zügig umzusetzen.

Kryptomarkt

Ein **US-Bundesgericht** hat am Freitag eine Zivilklage gegen die weltgrößte Kryptowährungsbörse **Binance** und ihren **Gründer** Changpeng Zhao abgewiesen. Die Kläger hatten Binance und Zhao eine Mitschuld an 64 Terroranschlägen weltweit gegeben. Die zuständige US-Richterin Jeanette Vargas in Manhattan entschied, die 535 Kläger, darunter Opfer und deren Angehörige, hätten nicht plausibel dargelegt, dass die Beklagten "sich schuldhaft mit diesen Terroranschlägen in Verbindung gebracht, sich daran beteiligt haben, weil sie diese herbeiführen wollten, oder durch ihre Handlungen deren Erfolg sicherstellen wollten" (Reuters).

Öl & Gas

Wegen des fortdauernden Iran-Kriegs hat nach *Reuters*-Informationen nun auch **Kuwait** seine **Ölförderung** gedrosselt. Die staatliche Kuwait Petroleum Corporation (KPC) habe die Rohölproduktion und die Raffineriedurchleitung reduziert, wie aus einer Händlernote vom Samstag hervorgeht, die der Nachrichtenagentur vorlag. Als Gründe wurden explizite Drohungen des Iran gegen die Schifffahrt in der Straße von Hormus sowie anhaltende iranische Angriffe auf Kuwait genannt. Zudem gebe es im Persischen Golf kaum noch verfügbare Schiffe für den Transport von Rohöl und Öl-Produkten. Die KPC habe bei ihrem Vorgehen auf "Höhere Gewalt" ("Force Majeure") verwiesen.

Die **irakische Ölproduktion** bricht Insidern zufolge wegen der regionalen Spannungen ein. In den wichtigen südlichen Feldern fällt die **Produktion** um 70 Prozent auf nur noch 1,3 Millionen Barrel pro Tag, sagen drei Brancheninsider. Das Land könne wegen des Iran-Kriegs kein Öl mehr über die Straße von Hormus exportieren. Vor dem Krieg habe die Förderung in diesen Feldern bei rund 4,3 Millionen Barrel pro Tag gelegen (*Reuters*).

Die **USA** könnten Finanzminister Scott Bessent zufolge weitere **Sanktionen gegen russisches Öl** aufheben. Es befänden sich Hunderte Millionen Barrel sanktioniertes Rohöl auf See, sagt Bessent dem Sender *Fox Business*. Durch eine Aufhebung der Sanktionen könne das Finanzministerium das Angebot ausweiten. "Wir prüfen das", fügt er hinzu. Am Vortag hatte Washington eine Ausnahmeregelung für russisches Rohöl auf dem Weg nach Indien erlassen. Vor dem Hintergrund des Iran-Kriegs ist der Preis für US-Öl der Sorte WTI am Freitag um zwölf Prozent gestiegen (*Reuters*).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Steigende Ölpreise und der eskalierende Krieg zwischen den USA, Israel und dem Iran haben die Aktien von **Fluggesellschaften in Asien** am Montag stark belastet. Die Papiere von **Qantas, Air New Zealand, Cathay Pacific, Japan Airlines, Korean Air Lines** sowie der großen chinesischen Fluggesellschaften **China Southern** und **China Eastern** fielen zwischen vier und mehr als zehn Prozent. Der Ölpreis war um 20 Prozent in die Höhe geschossen und erreichte den höchsten Stand seit Juli 2022. Dies nährt Befürchtungen vor einer Angebotsverknappung und längeren Lieferunterbrechungen (*Reuters*).

Technologie

China hat angesichts eines aufflammenden Konflikts beim niederländischen Chiphersteller **Nexperia** vor erneuten weltweiten Engpässen in der **Halbleiter-Lieferkette** gewarnt. Das Handelsministerium in Peking verwies am Samstag auf "neue Konflikte" zwischen der niederländischen Konzernzentrale und der chinesischen Tochtergesellschaft, die die Produktion gefährdeten. Auslöser der Warnung ist der Vorwurf der chinesischen Nexperia-Sparte, die niederländische Muttergesellschaft habe die Bürokonten aller Mitarbeiter in China gesperrt. Dies habe "neue Schwierigkeiten und Hindernisse" für die Verhandlungen geschaffen, erklärte das Ministerium (*Reuters*).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

